

# Urkunde

## Was passiert, wenn am 20. Januar 2020 der Versailler Vertrag ausläuft? Versuch einer Einschätzung und Bündnisauftrag

### Teil 1 und 2

So muss zunächst die Rechtsnatur des Versailler Vertrages betrachtet werden. Ist er privatrechtlicher, handelsrechtlicher, völkerrechtlicher Natur? Da er von Personen „ausgehandelt“ wurde, die keine staatsrechtliche Legitimation besaßen aufgrund Putsch 1919 (Scheidemann, Liebknecht), Weimarer Verfassung überlagerte die nicht außer Kraft getretene Reichsverfassung von 1871, mangelt es bereits an einer völkerrechtlich verbindlichen Qualität. Geht man davon aus, dass die beteiligten deutschen Vertreter sittenwidrig übergangen und missachtet wurden, lediglich als Zaungäste zugegen waren, jedoch dennoch ihre Unterschriften unter Gewaltandrohung per militärischem Einmarsch erzwungen wurden, kann hier nicht von einem völkerrechtlichen Vertrag gesprochen werden. Da der Vertrag ausschließlich ein Diktat ist, muss die Frage gestellt werden, ob es sich überhaupt um einen Vertrag handelt. Vgl. Hongkong 1999 (Ähnlichkeiten sind rein zufällig und sollen keine Nachahmer ermutigen).

In beiden Fällen, ob handelsrechtlich-privater Vertrag oder kein Vertrag, läuft dieser unselige Pakt gegen das Deutsche Kaiserreich am 20. Januar 2020 aus. Die Frage ist, welche Auswirkungen hat das auf das Deutsche Kaiserreich und die Vertreter der Weimarer Verfassung von 1919, die bis heute unter dem Mantel der Handelsflagge schwarz-rot-gold firmieren? Anm.: Nun wissen wir endlich auch, welche Verfassung der sog. BRiD-Verfassungsschutz schützt, jedenfalls nicht das nicht geltende Grundgesetz.

Bezahlt ohne Rechtsgrund und -verpflichtung ist alles. Was nun?

Zunächst ist festzustellen, dass die Wirkungen des Versailler Diktats komplett wegfallen. Das würde eine Rückabwicklung und Rückstellung der Rechtsverhältnisse resp. des Rechtsstatus der Abkömmlinge und Erben des Kaiserreiches und der einzelnen Bundesstaaten sowie allen mit Rechten ausgestatteten Bundesstaatsdeutschen nach RuStaG 1913 auf den Zeitpunkt vor Beginn des 1. Weltkrieges, den 27. Juli 1914 bedeuten. Unser deutsches Heimatreich wurde ja nicht ohne Grund in aller Eile zersetzt, geplündert, überfremdet. Sicher würden sich die Hintergrundeliten, u. a. die Jakobiner, Blutlinien, EU-Stammesbrüder usw. über eine richtige blutige Bürgerkriegsschlacht und noch weniger Biodeutsche freuen, die unmögliche Forderungen stellen könnten und legitime Rechte wahrnehmen. Es ist ein Wettlauf gegen die Zeit. Doch nun weiter im Text.

Wir sind jetzt frei, was wir eigentlich genau bis zum 15. März 1991 das erste Mal richtig waren (der Zeitpunkt der Ratifikation des nicht gültigen 2+4-Vertrages durch die Sowjetunion). Nur wir Dummdödel haben es nicht gewusst und nicht gemerkt, ... weil uns niemand aufgeklärt hat.

Nun müsste jemand Offizielles offizielle Erklärungen abgeben (geheime Abreden sind nichtig, BGB und internationales Recht) und seine Vetorechte einlegen gegen eine Fortsetzung der vollständigen Entrechtung und der behinderten BRiD und EU, gegenüber den sog. Siegermächten usw. Eine Anzeige bei den Alliierten ist ausreichend, da sie die Hauptverursacher der immer noch tätigen Vasallen-Zwangsverwaltung BRiDEU sind, den Art. 139 GG und das Potsdamer Abkommen nicht ausführen bzw. sich widerrechtlich Rechte und Vermögenswerte anmaßen, obwohl sie als korporative Unternehmen bereits seit dem 25. Dezember 2012 zwangsvollstreckt, gepfändet und für illegal erklärt wurden, weil sie Sklaverei und private Geldsysteme in einem illegalen Schutzgelderpressungssystem betreiben. Unsere rechtsverbindlichen Erklärungen haben wir am 28. September 2013 bereits abgegeben (vgl. Proklamation veröffentlicht unter: <http://germanyinventory.wordpress.com> einschließlich der Strafklagen beim IGH Den Haag und beim Supreme Court Washington in den Jahren 2013 bis 2019. Hier kann nicht jeder machen, was er will, es gelten allgemeine Rechtsgrundsätze, insbesondere deutsches und kosmisches Recht.

Um auf die Folgen des Endes dieses Schanddiktats ordnungsgemäß zu reagieren, erhebe ich **vorsorglich** als designierte Treuhänderin des deutschen Reichs- und Volksvermögens und als zur Wahl aufgestellte Reichskanzlerin im Namen des Deutschen Volkes bzw. der deutschen Völkerschaften erneut alle auf die Bundesstaatsdeutschen entfallenen Erb-, Boden-, Vermögensansprüche und beschließe die Entbindung aller BRiD-Angestellten von ihrem Dienst gegen die deutschen Völkerschaften und verweise sie von deutschem Grund und Boden. Ihre Frist läuft endgültig am 20. Januar 2020 aus. Im übrigen wird Bezug genommen auf die Proklamation der Selbstverwaltung Dr. Daniela Kahn und Selbstverwaltung Martin Gehrke vom 28. September 2013 (im Original öffentlich hinterlegt und einsehbar in der Botschaft der Russischen Föderation in Berlin, Unter den Linden):

b. u. v.

am dritten Tag des achten Monats des Jahres Zweitausendundneunzehn (03. August 2019)



Nach Ablauf dieser Frist werden Zwangsmaßnahmen eingeleitet. Verstöße wider göttlichen bzw. kosmischen Gesetzen treffen sie ohnehin mit aller gebotenen Härte. **Dieser, auf rechtlicher, geistiger und ethischer Klarheit beruhende Beschluss ist maschinell erstellt und ohne Unterschrift gültig!**

## Folgen

Beendigung des 1. einschl. 2. Weltkrieges (als Fortsetzung des 1. WK),  
möglicherweise deswegen Entbehrlichkeit eines Friedensvertrages

Besitzer-„Rechte“ fallen komplett weg – allerdings nicht die Pflicht der  
Folgenbeseitigung bei weiterer Untätigkeit im Hinblick auf Art. 139, 146 GG

Automatische Nichtigkeit der UN-Feindstaatenklauseln und Beendigung der Treuhand  
über die BRiD und UNO-Vormundschaft

Nichtigkeit aller UN-Pakte mit der BRiD und EU

Ende der Weimarer Republik und damit Beendigung des Koloniestatus des  
Deutschen Reiches

Wieder-Inbetriebnahme bzw. Auferstehung des Deutschen Kaiserreiches und der  
deutschen Bundesstaaten

Inkrafttreten deutschen Rechts als Staatsrecht – Handelsrecht erst mit neuen  
Handelsverträgen unter Beteiligung von legitimen Vertretern, andernfalls latente  
schwebende Unwirksamkeit der Verträge zu Lasten Dritter, die von illegitimen  
Vertretern abgeschlossen wurden ohne Anerkennung einer Rechtspflicht

Gebietsrückgabe, Klärung der Bodenrechte bzw. automatische Entstehung der  
Anteile jedes Bundesstaatsdeutschen in Ausgleich mit den Abkömmlingen der  
Fürstentümer

Bevölkerungsrückgabe aus den deutschen Ostgebieten usw.

Vermögensrückgabe der Anteile am deutschen Reichs- und Volksvermögen an jeden  
einzelnen Bundesstaatsdeutschen in Abgleich mit den Ansprüchen der Fürstentümer

Verwesung der Reste der Weimarer Reichsverfassung und Republik, der BRiD als  
größtes Anarchiesystem aller Zeiten, des Dritten Reiches, der EU (des Vierten  
Reiches)

Abwicklung der Handelsorganisationen und Überführung in staatliche Institutionen

Nichtigkeit und Illegalität aller Altparteien, ... Wahlen ohnehin ungültig und Wahlvieh  
unter arglistiger Täuschung im Rechtsverkehr herangezogen, Mandate ungültig

AfD als Firma = Diener zweier Herren (brauchen wir das?)

Haftung für jede widerrechtliche Rechtsverletzung (bereits spätestens seit den  
Bereinigungsgesetzen 2006/07 vorbereitet)

Entschädigungszahlungen an die Kriegsoffer

zu erzwingende Neuwahlen und Verfassungskonvent

Grenzsicherung usw.

In dieser Hinsicht muss im Prinzip ein gewisser Automatismus vonstattengehen.

**Anm.: Da hilft auch ein neuer Burggraben vor dem Reichstag (zynisch als Aha-Graben  
bezeichnet) nichts – Man kann sich als Giftschlangen sein Gefängnis auch selbst  
einrichten.**

Es muss auch einen Grund dafür geben, dass ein erneuter sog. Vertrag oder ein neues Schanddiktat nach dem Ende des sog. 2. Weltkrieges nicht vonnöten war, trotz ewiger Reparationszahlungen gemäß Art. 130 ff. GG. Hat man aus Versailles gelernt?

**Es kann nicht immer nur um Macht gehen, ... es muss auch Recht walten!**

## **Bündnisauftrag**

von der - Selbstverwaltung Dr. Daniela Kahn -  
vertreten durch die natürliche Person dr. kahn, daniela als lebender, beseelter  
Mensch und Souverän,  
Deutsches Reich

an

die Reichsdeutschen, Bundesstaatsdeutsche nach Herkunft und Geburt gemäß  
Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom Juli 1913, ggw. ansässig in  
Neuschwabenland, Iran, Argentinien, Chile usw.

**Mit dieser Urkunde erlaubt sich die Unterzeichnende vorsorglich und offiziell, die Reichsdeutschen als Staatsangehörige des Deutschen Reiches, vertreten in Neuschwabenland und den weltweit verstreuten Basen um militärischen, logistischen, moralischen, staatsrechtlichen, verwaltungs- und bündnisbezogenen, brüderlichen Beistand zu bitten, um die gewaltigen Aufgaben, welche ihnen hiermit und im Rahmen unserer Proklamation von 2013 automatisch übertragen werden, zeitnah und optimal zu bewältigen!**

**gez. Kahn**  
in ihrer Funktion als ggw. Sachwalterin,  
kommissarische Treuhänderin etc. pp  
(w. o.) Großberlin, den sechsten Tag  
des achten Monats des Jahres  
Zweitausendundneunzehn (06. August  
2019)  
unter Bezugnahme auf S. 1 bis 3 dieses Dokuments